

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft

Sitzung: Dienstag, 07.10.2025

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 17:11 Uhr

Anwesend

Mitglieder

Herr Gerrit Stühmeier - CDU - Stellvertretender AfKW-Vorsitzender	anwesend
Herr Frank Flake - SPD	anwesend
Frau Annegret Ihbe - SPD	anwesend, Vertretung für: Herrn Frank Graffstedt (SPD)
Herr Ulrich Volkmann - SPD	anwesend, Vertretung für: Frau Annette Schütze, MdL (SPD)
Herr Michel Winckler - SPD	anwesend
Frau Rabea Göring - B90/GRÜNE	anwesend
Frau Anke Kaphammel - CDU	anwesend
Frau Antje Maul - CDU	anwesend
Frau Michaline Saxel - Die FRAKTION. BS	anwesend

weitere Mitglieder

Frau Silke Arning - BIBS	anwesend
Frau Aniko Glogowski-Merten - FDP	anwesend
Herr Sven-Markus Knurr - parteilos	anwesend
Herr Stefan Wirtz - AfD	anwesend, Vertretung für: Frau Anneke vom Hofe (AfD)

sachkundige Bürger

Herr Prof. Dr. Gerd Biegel - Bürgermitglied (CDU)	anwesend
Herr Thorsten Wendt - Stadtheimatspfleger	anwesend

Gäste

Frau Prof. Dr. Birgit Kleinschmit - Präsidentin, Johann Heinrich von Thünen-Institut	anwesend bis 15:54 Uhr (einschl. TOP 3.1.)
Frau Alea Kratschmer - Vorständin, Kulturrat Braunschweig	anwesend bis 17:10 Uhr (in TOP 6.)
Herr Thorsten Rinke - Vorstand, Kulturrat Braunschweig	anwesend bis 17:00 Uhr (einschl. TOP 3.3.)
Frau Christiane Mielke - Vorständin, Kulturrat Braunschweig; Geschäftsführerin, Kultur- und Kommunikationszentrum Brunsviga	anwesend bis 17:00 Uhr (einschl. TOP 3.3.)

Verwaltung

Frau Prof. Dr. Anja Hesse - Dez. IV	anwesend
Herr Dr. Stefan Malorny - FBL 41	anwesend
Frau Anika Filitz - AbtL 41.0, Tonprotokoll	anwesend
Herr Dr. Ulf Hilger - AbtL 41.1	anwesend
Herr Daniel Keding - AbtL 41.2	anwesend bis 16:09 Uhr (in TOP 3.2.)
Frau Kristin Komm - StL 41.11	anwesend
Herr Jörg Ohse - Abt. 41.0	anwesend
Frau Amelie Schultze - Abt. 41.0, Schriftprotokoll, 2. Tonprotokoll	anwesend

Abwesend

Mitglieder

Herr Helge Böttcher - B90/GRÜNE - AfKW-Vorsitzender	entschuldigt
Herr Frank Graffstedt - SPD	entschuldigt
Frau Annette Schütze - SPD	entschuldigt
Frau Dr. Elke Flake - B90/GRÜNE	entschuldigt

weitere Mitglieder

Frau Anneke vom Hofe - AfD	entschuldigt
----------------------------	--------------

sachkundige Bürger

Frau Heike Blümel - Bürgermitglied (B90/GRÜNE)	entschuldigt
Herr Dr. Volker Eckhardt - Bürgermitglied (SPD)	entschuldigt
Herr Tobias Henkel - Bürgermitglied (CDU)	entschuldigt
Herr Marcus Körber - Bürgermitglied (B90/GRÜNE)	entschuldigt
Frau Cornelia Winter - Bürgermitglied (SPD)	abwesend
Frau Sabrina Brandes - Stellvertretende Stadtheimatspflegerin	entschuldigt
Frau Lina Hagelberg - Vertreterin des Jugendparlaments	entschuldigt
Frau Emma Volkers - Stellvertretende Vertreterin des Jugendparlaments	entschuldigt

Verwaltung

Frau Dr. Anette Haucap-Naß - RefL 0412	entschuldigt
Herr Dr. Peter Joch - RefL 0413	entschuldigt
Herr Dr. Henning Steinführer - RefL 0414	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 19.08.2025
- 3 Mitteilungen
 - 3.1 Vorstellung der Forschungsschwerpunkte des Johann Heinrich von Thünen-Institutes durch Frau Prof. Dr. Kleinschmit (mündliche Mitteilung)
 - 3.2 Vorstellung aktueller Schwerpunkte im Kultur- und Kommunikationszentrum Brunsviga durch den Gemeinschaftshaus Brunsviga e.V. (mündliche

Mitteilung)

- | | | |
|-------|---|-------------|
| 3.3 | Vorstellung eines Konzeptes für Werbeflächen für die Kultur durch den Kulturrat Braunschweig (mündliche Mitteilung) | |
| 3.4 | Vergabe des Louis Spohr Musikpreises 2025 | 25-26556 |
| 3.5 | Vergabe des Wilhelm Raabe-Literaturpreises 2025 | 25-26513 |
| 4 | Anträge | |
| 4.1 | Fortsetzung des Tanzförderprogramms | 25-26575 |
| 4.1.1 | Fortsetzung des Tanzförderprogramms | 25-26575-01 |
| 5 | Verlängerung des Grabnutzungsrechts der Grabstätte von Dr. e.h. Erich Walter Lotz auf dem Städtischen Urnenfriedhof, Grabnummer 17-33-028 | 25-26303 |
| 6 | Anfragen | |

Nichtöffentlicher Teil:

- | | |
|---|---|
| 7 | Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung |
| 8 | Mitteilungen |
| 9 | Anfragen |

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Stühmeier eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden, nennt die abwesenden Mitglieder und ihre Vertretungen, stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und verweist auf die ausgeteilten Materialien.

Er lässt über die Tagesordnung (TO) abstimmen. Die TO wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

9 / 0 / 0

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 19.08.2025

Es liegen keine Wortbeiträge vor. Das Protokoll wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

7 / 0 / 2

3. Mitteilungen

3.1. Vorstellung der Forschungsschwerpunkte des Johann Heinrich von Thünen-Institutes durch Frau Prof. Dr. Kleinschmit (mündliche Mitteilung)

Frau Prof. Dr. Hesse (Dez. IV) stellt Frau Prof. Dr. Kleinschmit, seit 1. Februar 2025 Präsidentin des Johann Heinrich von Thünen-Institutes, als herausragende Wissenschaftlerin mit einer außergewöhnlichen Karriere vor. Frau Prof. Dr. Kleinschmit sei eine Expertin in der Erdbeobachtung mit einer interdisziplinären Perspektive auf gesellschaftliche Herausforderungen wie die Transformation von Agrar-, Wald-, Fischerei- und Ernährungssystemen. Nach dem Studium der Fortwissenschaften an der Georg-August-Universität Göttingen habe sie zu „Naturwaldmonitoring mit Fernerkundungsmethoden“ promoviert. Danach habe sie zunächst als Softwareentwicklerin gearbeitet. Mit 29 Jahren sei sie 2003 als eine der jüngsten Wissenschaftlerinnen zur Juniorprofessorin für Geoinformationsverarbeitung in der Umweltplanung an der Technischen Universität (TU) Berlin berufen worden. 2011 sei sie zur Universitätsprofessorin für Geoinformation in der Umweltplanung an der TU Berlin berufen worden. Sie sei eine gefragte Expertin ihres Faches; so berate sie seit 2019 das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) im Wissenschaftlichen Beirat für Waldpolitik, deren stellvertretende Vorsitzende sie seit 2023 sei. Darüber hinaus sei sie Sprecherin mehrerer interdisziplinärer Forschungsverbünde gewesen und sei Gutachterin u.a. für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die Alexander-von-Humboldt-Stiftung sowie Reviewerin verschiedener wissenschaftlicher Zeitschriften. An der TU Berlin sei sie zudem stellvertretende Geschäftsführende Institutsdirektorin und Mitglied im Transferbeirat der Hochschule gewesen. Sie habe 2024 zu den 100 wichtigsten Köpfen der Wissenschaft in Berlin gehört und sei 2022 Keynote-Speakerin der COP27 in Ägypten gewesen. Zudem unterstütze sie Nachwuchs-Wissenschaftlerinnen als persönliche Mentorin.

Protokollnotiz zur Vita von Frau Prof. Dr. Kleinschmit:

Beruflicher Werdegang

- *seit Februar 2025 Präsidentin des Thünen-Institutes*
- *2011-2025 Universitätsprofessorin und Leiterin des Fachgebietes Geoinformation in der Umweltplanung an der TU Berlin*
- *2003-2011 Juniorprofessorin im Fachgebiet für Geoinformationsverarbeitung in der Umweltplanung an der TU Berlin*
- *2001-2003 Softwareentwicklerin bei der INTEND Geoinformatik GmbH in Kassel*
- *2001 Promotion zum Dr. forest an der Georg-August-Universität Göttingen*
- *1998-2001 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Forsteinrichtung, Ertragskunde und Fernerkundung an der Georg-August-Universität Göttingen*
- *1993-1998 Studium der Forstwissenschaften, Schwerpunkt Betriebswirtschaft und Technik an der Georg-August-Universität Göttingen*

Ausgewählte Funktionen, Auszeichnungen und Ehrungen

- *seit Februar 2025 gewähltes Mitglied im Gesamtausschuss des Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) e.V.*
- *seit 2025 Mitglied im Rat des gemeinnützigen Think Tanks Agora Agra*
- *seit 2019 Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat für Waldpolitik des BMEL, seit 2023 stellvertretende Vorsitzende*
- *seit 2025 ständiger Gast im Vorstand der Deutschen Agrarforschungsallianz (DAFA)*
- *2024 Auszeichnung als eine der 100 wichtigsten Köpfe der Wissenschaft in Berlin*
- *2019-2021 Mitglied im Transferbeirat der TU Berlin*
- *2008-2025 stellvertretende Geschäftsführende Direktorin des Institutes für Landschaftsarchitektur und Umweltplanung der TU Berlin*
- *2014-2024 Studiendekanin und Vorsitzende des Prüfungsausschusses, TU Berlin*
- *seit 2010 Mitglied im Lenkungsausschuss des Geo.X-Forschungsnetzwerks für Geowissenschaften in Berlin und Potsdam*

- 2021-2024 Mitglied im Lenkungsausschuss der Einstein Research Unit „Climate and Water under Change“ (CliWaC)
- 2015-2024 Co-Sprecherin des DFG Graduiertenkollegs „Urban Water Interfaces“
- 2016-2024 Mitglied im Auswahl- und Lenkungsausschuss der Berlin International Graduate School in Model and Simulation based Research (BIMoS) der TU Berlin
- 2016-2020 Mitglied der Kommission für die Vergabe von Promotionsstipendien der Elsa-Neumann-Stiftung
- 2012-2020 Leiterin der Special Interest Group „Analysis of remote sensing data“ der deutschen Gesellschaft für Photogrammetrie, Fernerkundung und Geoinformation
- 2022 Eingeladene Keynote-Speakerin auf der Konferenz „Towards UN Climate Change Conference (COP) 27 - Challenges and Actions to cope with Climate change, Water and Weather Extremes in Egypt“, Kairo
- seit 2015 Persönliche Mentorin für Doktorandinnen und Postdocs
- seit 2005 Gutachterin u.a. für die DFG, die Alexander-von-Humboldt-Stiftung, die Deutsche Bundesstiftung Umwelt und das Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR)
- seit 2003 Reviewerin u.a. für folgende wissenschaftliche Zeitungen: *IJRS, Remote Sensing of Environment, Environmental Modelling and Software, Ecological Indicators, Science of the Total Environment*

Frau Prof. Dr. Kleinschmit bedankt sich für die Einladung und präsentiert; die Präsentation ist dem Protokoll angehängt.

Sie erläutert einleitend die Bedeutung des Johann Heinrich von Thünen-Institutes. Sie stellt fest, dass das Institut trotz seiner Relevanz oft wenig bekannt sei, was sie als Anlass nehme, dessen Aufgaben und Schwerpunkte näher zu erläutern. Sie beschreibt das Institut als interdisziplinäre Forschungseinrichtung, die sich der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen wie Wälder, Felder und Meere sowie der Entwicklung ländlicher Räume widme. Sie gibt einen historischen Überblick über den Standort in Braunschweig, der in den 1930er Jahren als Forschungsinstitut für Luftfahrt gegründet und nach dem Zweiten Weltkrieg in eine zivile Forschungsstätte umgewandelt worden die. Seit 2008 trage die Einrichtung den Namen Johann Heinrich von Thünen-Institut und sei dem BMEL nachgeordnet.

Frau Prof. Dr. Kleinschmit erläutert, dass die Hauptaufgaben des Institutes in der Politikberatung, der Forschung und dem Monitoring lägen. Ziel sei es, evidenzbasierte Grundlagen für politische Entscheidungen zu schaffen. Sie betont, dass das Institut unabhängig in der Themenwahl, den Methoden und den Ergebnissen sei. Sie beschreibt die interdisziplinäre Ausrichtung des Institutes, das ökologische, sozioökonomische und technologische Expertise vereine, um systemische Forschung zu betreiben. Dabei würden Wechselwirkungen zwischen Boden, Pflanzen, Umwelt, Mensch und Gesellschaft untersucht.

Sie führt aus, dass das Institut aus 15 Fachinstituten bestehe, die auf verschiedene Standorte in Deutschland verteilt seien. In Braunschweig befänden sich etwa die Hälfte der Mitarbeitenden. Sie hebt die internationale Vernetzung des Institutes hervor, das in fast 100 Ländern Kooperationen unterhalte. Sie nennt Beispiele für aktuelle Forschungsfragen, wie die Förderung von Biodiversität und Klimaschutz in der Landwirtschaft, die Anpassung von Wäldern an den Klimawandel oder die Entwicklung nachhaltiger Fischereimethoden. Sie betont, dass die Forschung des Institutes transdisziplinär sei und gesellschaftliche Akteure frühzeitig in den Forschungsprozess einbinde.

Frau Prof. Dr. Kleinschmit geht auf die Bedeutung des Monitorings ein, das langfristige Analysen ermögliche, um Veränderungen messbar zu machen. Beispiele seien die Wald- und Bodenzustandserhebungen sowie die Erstellung von Treibhausgasinventaren. Diese Daten bildeten die Grundlage für die Politikberatung, die das Institut für die Bundesregierung und internationale Gremien leiste. Sie hebt hervor, dass das Institut jährlich etwa 30 Mio. Euro an Drittmitteln einwerbe, um seine Forschung zu finanzieren.

Frau Prof. Dr. Kleinschmit beschreibt die Zusammenarbeit des Institutes mit anderen wissenschaftlichen Einrichtungen in Braunschweig, darunter die Technische Universität (TU) Braunschweig, das Fraunhofer-Institut für Holzforschung und das Julius-Kühn-Institut (JKI). Sie betont, dass sie die Kooperationen weiter ausbauen wolle, um Synergien zu schaffen. Sie erwähnt, dass das Institut an einem experimentellen Landschaftslabor arbeite, um neue

Landnutzungsformen zu erforschen, und dass es Bestrebungen gebe, den Standort in Braunschweig weiterzuentwickeln. Abschließend hebt sie die Bedeutung der Region Braunschweig als Wissenschaftsstandort hervor und betont die Notwendigkeit, Fachkräfte zu gewinnen und die Strahlkraft der Region zu erhöhen.

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Stühmeier erkundigt sich nach möglichen Anregungen oder Wünschen an den Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (AfKW) bzw. die Stadt Braunschweig.

Frau Prof. Dr. Kleinschmit antwortet, dass die Sichtbarkeit der Forschung in der breiten Gesellschaft gesteigert werden müsse. Wissenschaft dürfe nicht als lästig wahrgenommen werden und Informationen müssten niedrigschwellig zugänglich sein und gut aufbereitet werden. Man müsse über soziale Medien oder im öffentlichen Raum für die Wissenschaft werben. Sie verweist auf das städtische Wissenschaftsschaufenster als einen ersten Schritt und regt an, weitere Formate zu entwickeln, um die Forschung auch über die Region hinaus sichtbar zu machen.

Ratsfrau Ihbe pflichtet ihr bei, dass Braunschweig als eine der forschungsintensivsten Regionen bekannter gemacht werden müsse. Sie weist darauf hin, dass es wichtig sei, den Bürgerinnen und Bürgern den Nutzen der Forschung zu erklären. Sie fragt, inwiefern das Thünen-Institut zur Ernährungssicherheit beitrage, insbesondere im Hinblick auf widerstandsfähige Pflanzen und Lebensmittel.

Frau Prof. Dr. Kleinschmit erläutert, dass Ernährungssicherheit ein zentrales Thema sei, sowohl national als auch global. Sie berichtet von Studien zur Resilienz landwirtschaftlicher Betriebe, die Schwächen wie fehlende Notstromaggregate oder unzureichende Vorratshaltung aufzeigten. Zudem verweist sie auf das internationale Kooperationsprojekt „Food Loss and Waste“, das sich mit der Reduktion von Lebensmittelverschwendung beschäftige, und auf das Beispiel von KI-gestützten Planungen in Bäckereien und Apps zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen. Abschließend regt sie an, eine Markenentwicklung für Braunschweig zu initiieren, um die Region international sichtbarer zu machen.

Frau Prof. Dr. Hesse greift den Vorschlag zur Markenentwicklung auf und betont die Notwendigkeit, Wissenschaft und Wirtschaft stärker zu vernetzen. Sie schlägt vor, dass die Wirtschaft finanzielle Beiträge zu Kampagnen leisten könne, um die Sichtbarkeit der Region zu erhöhen. Sie hebt hervor, dass die Wissenschaftskommunikation in Braunschweig oft aus Projektmitteln finanziert werde und eine Bündelung der Aktionen unter einem gemeinsamen Label sinnvoll sei. Sie betont, dass die Vielfalt der Forschungsdisziplinen in Braunschweig eine Herausforderung für die Kommunikation darstelle, gleichzeitig aber auch ein großes Potenzial biete. Sie fragt, inwiefern das Thünen-Institut und das JKI kooperierten und sich unterschieden.

Frau Prof. Dr. Kleinschmit erwidert, es gebe intensive Kooperationen und thematische Ergänzungen zwischen den beiden Instituten. Das Thünen-Institut befasse sich vergleichsweise mit übergeordneten Ebenen, beispielsweise mit Landschaften und der Biodiversität.

Frau Prof. Dr. Kleinschmit erläutert auf Nachfrage von Ratsfrau Glogowski-Merten, dass das Thünen-Institut weiterhin im Bereich Tierwohl forsche. Sie berichtet von einem Ökolandbaubetrieb in Trenthorst, wo Handreichungen für Landwirte zur Beurteilung des Tierwohls entwickelt worden seien. Zudem werde an technischen Lösungen wie der Messung von Emissionen in Ställen gearbeitet. Sie weist darauf hin, dass das Thema Tierwohl jedoch politisch derzeit nicht prioritär behandelt werde.

Ratsfrau Arning erkundigt sich nach den im Vortrag genannten, sog. „schwarzen Löchern“ in der Ostsee. Frau Prof. Dr. Kleinschmit erklärt, dass es sich dabei um Bereiche mit gesteigertem Algenwachstum und reduziertem Sauerstoffgehalt handele, die durch Überdüngung aus der Landwirtschaft entstünden und eine Abnahme von Flora und Fauna zur Folge hätten. Sie beschreibt ein geplantes Projekt, das die Rolle von Mooren als „grüne Leber“ untersuchen solle, um schädliche Nährstoffeinträge in die Meere zu reduzieren. Sie betont die interdisziplinäre Expertise des Thünen-Instituts, die es ermögliche, Zusammenhänge zwischen Landwirtschaft, Wäldern und Meeren zu analysieren und der Politik entsprechende Empfehlungen zu geben.

3.2. Vorstellung aktueller Schwerpunkte im Kultur- und Kommunikationszentrum Brunsviga durch den Gemeinschaftshaus Brunsviga e.V. (mündliche Mitteilung)

Frau Mielke, Geschäftsführerin des Kultur- und Kommunikationszentrums Brunsviga, bedankt sich für die Einladung und präsentiert; die Präsentation ist dem Protokoll angehängt. Sie erläutert einleitend, dass sie seit 2018/2019 in der Funktion der Geschäftsführerin tätig sei und in ihrem Bericht den Fokus auf die Entwicklungen der letzten fünf Jahre sowie die zukünftigen Ausrichtungen der Brunsviga legen möchte. Sie hebt hervor, dass die Brunsviga als Kleinkunsthöhne mit einem vielfältigen Kulturprogramm bekannt sei, jedoch auch als Ort der gelebten Demokratie fungiere. Sie betont, dass die Brunsviga Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit biete, aktiv an der Gestaltung kultureller Angebote mitzuwirken, und dass Inklusion, Nachhaltigkeit sowie die Förderung von Empathie, Respekt und Toleranz zentrale Ziele seien.

Frau Mielke berichtet, dass das Zentrum seit September erstmals eine FSJ-Kultur-Personalstelle eingerichtet habe. Die aktuelle FSJlerin habe in Teilen an der Präsentation mitgewirkt. Sie beschreibt die Brunsviga als einen Ort, an dem Laien und Profis gleichberechtigt zusammenarbeiteten, Bildungsarbeit geleistet und bürgerschaftliches Engagement gestärkt werde. Zudem sei das Zentrum ein Raum für kulturellen Austausch und ein Ort, der sich aktiv gegen Diskriminierung einsetze.

Frau Mielke führt aus, dass die Brunsviga über acht Seminarräume, ein Kinderhaus mit sechs Themenräumen, eine eigene Gastronomie sowie zahlreiche soziokulturelle Projekte verfüge. Sie hebt hervor, dass das Zentrum mit rund 90 Mitarbeitenden, von denen der Großteil im Kinderhaus tätig sei, eine der größten Einrichtungen dieser Art in Niedersachsen sei. Der Kulturbereich mache dabei etwa ein Drittel des Personals und des Haushalts aus. Sie erwähnt, dass das Zentrum eng mit der Lebenshilfe kooperiere und derzeit drei Mitarbeitende aus diesem Bereich beschäftige, um Inklusion auch im Arbeitsalltag zu fördern.

Sie erläutert, dass die Corona-Pandemie genutzt worden sei, um interne Strukturen zu modernisieren. So habe das Zentrum Fördermittel des Bundes erhalten, um die Website zu überarbeiten, ein Corporate Design zu entwickeln und die Zusammenarbeit innerhalb des Hauses zu stärken. Sie berichtet von Veranstaltungsformaten wie den „Hutkonzerten“, die jungen und unbekannten Künstlerinnen und Künstlern eine Plattform böten, sowie von Angeboten wie das „Tanzen ins Wochenende“ für die Zielgruppe ab 50 Jahren und das Kinderkulturfestival. Zudem habe man die Zusammenarbeit mit dem Stadtteil intensiviert, um sich stärker zu vernetzen und neue Zielgruppen zu erreichen.

Frau Mielke geht auf die internen organisatorischen Veränderungen ein. Sie beschreibt die Einführung eines Organigramms, die Digitalisierung der Raumvergabe und der Buchhaltung sowie die Entwicklung von Standards für alle Abteilungen. Diese Maßnahmen hätten zu einer effizienteren Arbeitsweise geführt. Sie hebt hervor, dass die Brunsviga auch in den Bereichen Datenschutz, Arbeitsschutz und Nachhaltigkeit Fortschritte gemacht habe. So sei ein Nachhaltigkeitskonzept entwickelt worden, das u.a. Maßnahmen wie LED-Beleuchtung, regionale und biologische Gastronomie sowie die Förderung klimaneutraler Mobilität umfasse.

Frau Mielke erläutert die finanzielle Situation des Zentrums. Der Kulturbereich verfüge über ein Budget von rund einer 1 Mio. Euro, wovon 36 Prozent aus der Kontinuitätsförderung der Stadt Braunschweig stammten. Weitere Einnahmen würden durch die Gastronomie, gewerbliche Vermietungen, Eintrittsgelder und Drittmittel generiert. Sie betont, dass die Brunsviga nicht nur Fördermittel empfangen, sondern auch durch Steuerzahlungen einen Beitrag zum System leiste.

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Stühmeier fragt nach der Vision der Brunsviga für die kommenden Jahre, insbesondere im Hinblick auf die Etablierung als „Dritter Ort“.

Frau Mielke erklärt, dass die Brunsviga sich stärker im Sinne eines Nachbarschaftszentrums für den Stadtteil öffnen wolle. Sie betont, dass dies jedoch von der Verfügbarkeit zusätzlicher personeller Ressourcen abhängen. Derzeit sei die Förderung einer halben Personalstelle für diese Aufgabe beim Fachbereich (FB) 50 Soziales und Gesundheit der Stadt Braunschweig beantragt, jedoch noch nicht bewilligt worden.

Ratsherr Knurr erkundigt sich nach einer Diskrepanz in der Finanzpräsentation, bei der 500 Euro in der Gesamtbilanz fehlten.

Frau Mielke vermutet einen Tippfehler und versichert, dass die Jahresabschlüsse sowohl dem Finanzamt als auch der Stadtverwaltung vorlägen und keine Unregelmäßigkeiten festgestellt worden seien.

Ratsherr Flake hebt die Modernisierungsmaßnahmen und den Generationenwechsel in der Brunsviga hervor und fragt nach der Zusammenarbeit mit dem KufA Haus bzw. dem KufA e.V. - Kultur für alle sowie den Plänen für den ehemaligen Kinder- und Teeny-Klub (KTK) der Brunsviga.

Frau Mielke beschreibt die Kooperation mit der neuen Geschäftsführung des KufA Hauses bzw. mit dem neuen Vorstand des KufA e.V. als eng und konstruktiv, insbesondere in der Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen. Es seien viele gemeinsame Projekte geplant.

Sie erläutert weiter, das Konzept des Kinderhauses der Brunsviga beinhalte auch die Betreuung von Kindern direkt in inzwischen drei Grundschulen. Der von der Stadt Braunschweig geförderte, ehemalige KTK, inzwischen „Offener Kinder- und Teenie-Treff“ der Brunsviga, werde derzeit renoviert und öffne nach den kommenden Herbstferien mit einem neuen Programm, das die Kinder- und Jugendarbeit stärker mit der soziokulturellen Arbeit verzahne. Geplant seien u.a. Theaterprojekte, Fotokurse und Kooperationen mit anderen Anbietern wie Radio Okerwelle.

3.3. Vorstellung eines Konzeptes für Werbeflächen für die Kultur durch den Kulturrat Braunschweig (mündliche Mitteilung)

Herr Rinke, Vorstandsmitglied des Kulturrates Braunschweig, bedankt sich für die Möglichkeit, das Konzept für Werbeflächen für die Kultur zu präsentieren; die Präsentation ist dem Protokoll angehängt.

Er erläutert einleitend, dass der Kulturrat Braunschweig seit seiner Konstituierung im Januar 2024 fünf Vollversammlungen durchgeführt habe, bei denen regelmäßig der Wunsch nach mehr Sichtbarkeit für Kleinstkulturschaffende und Kleinveranstalter geäußert worden sei. Die rückläufigen Zuschauerzahlen nach der Corona-Pandemie hätten die Problematik der fehlenden Wahrnehmung kleiner Kulturveranstaltungen verstärkt.

Herr Rinke berichtet, dass der Verein Art Culture Poverty Worldwide (ACPW) e.V., vertreten durch Herrn Fahem, dem Kulturrat Braunschweig ein Konzept für digitale Kulturtafeln vorgestellt habe. Diese Tafeln sollten an öffentlich zugänglichen Orten wie Supermärkten, Tankstellen, Apotheken und Kultureinrichtungen aufgestellt werden, um Veranstaltungen sichtbar zu machen. Er hebt hervor, dass Kleinstkulturschaffende oft nicht über die finanziellen Mittel verfügten, um Plakate zu drucken oder andere Werbemaßnahmen zu finanzieren. Der Kulturrat Braunschweig habe das Konzept als unterstützenswert bewertet und plane, als Kooperationspartner Fördermittel und Sponsoren zu akquirieren. Ziel sei es, eine kostenlose Nutzung der Tafeln für Kleinstkulturschaffende über einen Zeitraum von fünf Jahren zu ermöglichen. Er betont, dass langfristig eine nachhaltige Finanzierung des Projektes angestrebt werde, ohne auf Mittel aus dem städtischen Kulturretat zurückzugreifen. Die bilateralen Abstimungen mit dem ACPW e.V. seien abgeschlossen, die Finanzierung solle im Jahr 2026 vorangetrieben werden und der Projektstart sei für das Jahr 2027 geplant.

Er weist ergänzend darauf hin, dass der Kulturrat Braunschweig derzeit als lose Arbeitsgemeinschaft (AG) organisiert sei und keine rechtlichen Verträge abschließen könne. Daher sei die Gründung als Verein notwendig, um Fördermittel entgegenzunehmen und vertragliche Vereinbarungen zu treffen.

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Stühmeier fragt nach den nächsten Schritten.

Herr Rinke erwidert, dass der Kulturrat Braunschweig die Finanzierung des Projektes gemeinsam mit dem ACPW e.V. vorantreiben werde. Ziel sei es, eine kostenlose Teilhabe für Kleinstkulturschaffende zu gewährleisten.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Knurr stellt Herr Rinke klar, dass der Kulturrat Braunschweig derzeit kein eingetragener Verein sei, sondern eine AG, und dass die Vereinsgründung noch bevorstehe.

Herr Ratsherr Winckler bittet um Erläuterung des Gesamtkonzeptes, z.B. in Bezug auf die redaktionelle Verantwortung für die Inhalte der Kulturtafeln. Herr Rinke erklärt, dass der

ACPW e.V. die Tafeln betreiben und der Kulturrat als Kooperationspartner unterstützend tätig sein werde.

Frau Mielke, ebenfalls Vorstandsmitglied des Kulturrates Braunschweig, ergänzt, dass die redaktionelle Arbeit und die technische Umsetzung von externen Partnern übernommen würden, da der Kulturrat Braunschweig nur ehrenamtlich arbeite.

Ratsherr Flake erinnert an den ursprünglichen Antrag der FDP-Ratsfraktion „Eine Werbefläche für die Kultur“ (DS Nr. 25-25164), auf den die heutige Präsentation des Kulturrates Braunschweig zurückgehe und der die Problematik der Sichtbarkeit kleiner Kulturveranstalter in die politische Diskussion gebracht habe. Er begrüße die Weiterentwicklung des Projektes durch den Kulturrat Braunschweig und hebt hervor, dass die organisatorischen und finanziellen Herausforderungen schrittweise gelöst werden müssten. Er kommentiert weiter, eine rechtliche Weiterentwicklung des Kulturrates Braunschweig als zu gründender Verein sei ein natürlicher Prozess, der im Einklang mit der Idee des Kulturentwicklungsprozesses (KultEP) stehe.

Ratsfrau Kaphammel äußert Bedenken hinsichtlich der Finanzierung und fragt, ob die Stadt Braunschweig im Falle unzureichender Sponsorengelder um finanzielle Unterstützung gebeten werde.

Herr Rinke versichert, dass der Kulturrat Braunschweig nicht beabsichtige, Mittel aus dem städtischen Kulturetat zu beanspruchen, sondern man setze auf Sponsoren und Stiftungen.

Frau Mielke ergänzt, dass das Konzept von Herrn Fahem darauf abziele, im Rahmen einer zweijährigen Pilotphase eine Anschubfinanzierung aus Sponsoring zu erhalten, um die Tafeln anzuschaffen und eine Struktur aufzubauen. Danach solle sich das Projekt selbst tragen. Sie betont, dass der Kulturrat Braunschweig mit seinem Namen für das Projekt werben werde, um Sponsoren und Förderer zu gewinnen.

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Stühmeier schlägt vor, der Kulturrat Braunschweig möge im Nachgang der Sitzung ergänzend ein schriftliches Konzept mit den wesentlichen Fakten und einer Übersicht zur Finanzierung vorlegen, um die Diskussion zu konkretisieren.

Frau Ratsfrau Glogowski-Merten unterstützt seinen Vorschlag. Sie kritisiert, der Vorschlag des Kulturrates Braunschweig stelle jedoch keine niedrigschwellige Lösung dar, wie von dem Antrag der FDP-Ratsfraktion ursprünglich beabsichtigt. Auch sei fraglich, inwiefern der Kulturrat Braunschweig konkret zu den digitalen Werbetafeln beitrage. Die Gründung des Kulturrates Braunschweig als Verein hingegen sei zu begrüßen.

3.4. Vergabe des Louis Spohr Musikpreises 2025

25-26556

Die begleitende Präsentationsfolie hängt dem Protokoll an. Es liegen keine Wortbeiträge vor. Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3.5. Vergabe des Wilhelm Raabe-Literaturpreises 2025

25-26513

Die begleitende Präsentationsfolie hängt dem Protokoll an. Es liegen keine Wortbeiträge vor. Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Es liegen keine weiteren Mitteilungen vor.

4. Anträge

4.1. Fortsetzung des Tanzförderprogramms

25-26575

4.1.1. Fortsetzung des Tanzförderprogramms

25-26575-01

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Stühmeier erläutert, die Ratsfraktion B90/DIE GRÜNEN habe sich dem interfraktionellen Antrag DS Nr. 25-26575 nachträglich angeschlossen. Der neue Antrag DS Nr. 25-26575-01 ersetze den Ursprungsantrag. Ein Beschluss des Ursprungsantrages entfalle.

Ratsherr Flake bringt den Antrag ein. Er erläutert, das Tanzförderprogramm sei im Rahmen des Kulturentwicklungsprozesses (KultEP) entwickelt worden. In den Workshops, die auch während der Corona-Pandemie stattgefunden hätten, sei deutlich geworden, dass die Tanzszene in Braunschweig einerseits gut etabliert, andererseits jedoch mit Herausforderungen, insbesondere auf dem Mietmarkt, konfrontiert sei. Er hebt hervor, dass die städtische Kulturverwaltung unterstützend tätig gewesen sei, etwa durch die Bereitstellung einer Mietkaution und z.B. im Fall der TANZKOOP. Die Rahmenbedingungen für gewerbliche Mietverträge, die oft mehrjährige Laufzeiten erfordern, seien problematisch, wenn die Förderung nur jährlich bewilligt werde. Er erinnert daran, dass das Tanzförderprogramm vom Rat der Stadt Braunschweig beschlossen und durch die Szene positiv evaluiert worden sei. Die Verwaltung habe empfohlen, das Programm fortzusetzen, was nun politisch durch den vorliegenden Antrag aufgegriffen werde. Er weist darauf hin, dass die Tanzszene auch Aussicht auf Bundesfördermittel habe, diese jedoch eine Kofinanzierung durch andere Stellen erforderten. Er erklärt, dass, gemäß dem Antrag, die Entfristung der Richtlinie und die Fortsetzung des Programmes über das Jahr 2026 hinaus per Ratsbeschluss erfolgen solle. Die Verwaltung müsse anschließend prüfen, ob ein weiterer Ratsbeschluss erforderlich sei, um den Text der Richtlinie anzupassen.

Beschluss:

Das Tanzförderprogramm wird über 2026 hinaus fortgesetzt. Die Befristung der Richtlinie zum Tanzförderprogramm (bis zum 31. Dezember 2026) wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

9 / 0 / 0

Es liegen keine weiteren Anträge vor.

5. Verlängerung des Grabnutzungsrechts der Grabstätte von Dr. e.h. Erich Walter Lotz auf dem Städtischen Urnenfriedhof, Grabnummer 17-33-028

25-26303

Es liegen keine Wortbeiträge vor.

Beschluss:

Der Verlängerung des Ehrengrabstatus für die Grabstätte von Dr. e.h. Erich Walter Lotz auf dem Städtischen Urnenfriedhof, Grabnummer 17-33-028, wird bis zum Jahr 2045 zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

9 / 0 / 0

6. Anfragen

Mündliche Anfrage zum Sachstand des künstlerischen Gegenentwurfes zum Kolonialdenkmal in der Jasperallee:

Ratsherr Wirtz erinnert an die Anfrage „Kolonialdenkmal: welche Endfassung haben die Texte für Steinplatten und andere Elemente sowie die vorgesehene Internetpräsenz?“ (DS Nr.

25-26215) und gleichnamige Stellungnahme der Verwaltung in der letzten AfKW-Sitzung am 19. August 2025. Er erinnert daran, dass in diesem Zuge die Einweihung des Entwurfes ursprünglich für den 17. September 2025 angekündigt worden ist und bis dahin auch die endgültigen Beschriftungstexte vorliegen sollten. Er berichtet, dass sich das Denkmal bei seinem letzten Besuch noch im Rohbauzustand befunden habe, und fragt nach dem aktuellen Stand der Fertigstellung sowie nach einem neuen Zeitplan.

Herr Dr. Hilger (AbtL 41.1) bestätigt, dass der Aufbau noch nicht abgeschlossen und derzeit kein konkretes Ende der Bauarbeiten absehbar sei. Er führt aus, dass mehrere Baufirmen an der Umsetzung beteiligt seien und die ursprünglichen Planungen nicht wie vorgesehen umgesetzt werden konnten. Die beauftragte Tiefbaufirma habe aus fachlichen Gründen die Verarbeitung der Granitplatten nicht ohne die Expertise einer spezialisierten Steinmetzfirma durchführen können, was zu erheblichen Verzögerungen geführt habe. Nach aktuellem Stand sei mit einem Abschluss der Bauarbeiten nicht vor Ende Oktober 2025 zu rechnen. Darüber hinaus gebe es Schwierigkeiten, einen neuen Termin für die Einweihung festzulegen, da die Künstlerin aufgrund anderer internationaler Projekte in diesem Jahr nicht mehr in Europa verfügbar sei. Ein neuer Termin werde derzeit abgestimmt, jedoch sei eine Einweihung in diesem Jahr voraussichtlich nicht mehr möglich. Sobald ein Termin feststehe, werde die Verwaltung sowohl die Ausschussmitglieder als auch die Öffentlichkeit informieren.

Es liegen keine weiteren Anfragen vor.

gez. Stühmeier
Stellvertretender Vorsitz

gez. Prof. Dr. Hesse
Dez. IV

gez. Schultze
Schriftführung